



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

19. Sitzung (öffentlich)

19. September 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
---	----------

1 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen	6
---	----------

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

APr 16/280

– Aussprache	6
--------------	---

Der Ausschuss verständigt sich auf Antrag der Piratenfraktion einvernehmlich darauf, die abschließende Behandlung des Antrags der Fraktion der Piraten Drucksache 16/1257 erneut zu schieben.

- 2 Mehr Flexibilität für den offenen Ganzttag im Primarbereich 7**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1473
APr 16/292
- Aussprache 7
- Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/1473 wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung durch die Piratenfraktion mehrheitlich abgelehnt.
- 3 Kinderbetreuung mit erweiterten Öffnungszeiten 10**
- APr 16/297
- Aussprache 10
- 4 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 17**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3440
- Aussprache 17
- 5 Größere Wertschätzung der Fankultur – Fanprojekte nachhaltig fördern! 18**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3433
- Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/3514
- Aussprache 18
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, das Thema in der nächsten Obleuterunde erneut aufzugreifen.

6 Erfolgreichen U3-Ausbau in NRW fortsetzen – Bund muss Beschluss der Jugend- und Familienkonferenz umsetzen 20

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/3425

in Verbindung mit:

7 Handeln statt Abwarten: Bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen jetzt sicherstellen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3454

– Aussprache 20

Der Ausschuss stimmt nach seiner Aussprache über folgenden Beschlussvorschlag ab, den die Vorsitzende verliest:

Erfolgreichen U3-Ausbau in NRW fortsetzen - Bund muss Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz umsetzen

Der Landtag begrüßt und unterstützt den einstimmigen Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz zum U3-Ausbau. Die Landesregierung wird entsprechend aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verlängerung des Verwendungszeitraums der Bundesmittel und für eine dauerhafte der Nachfrage und der realen Kostenentwicklung angepasste Betriebskostenbeteiligung des Bundes einzusetzen.

Für diesen Beschluss stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Piraten. Die CDU-Fraktion enthält sich.

8 Rechte minderjähriger Kinder inhaftierter Elternteile einheitlich in NRW gewährleisten 30

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3453

– Aussprache 30

9	Bericht der Landesregierung nach § 28 Abs. 2 KiBiz	32
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1033	
	– Aussprache	32
10	U3-Rechtsanspruch: Wohnortnähe und Wahlfreiheit: Auswirkungen der Entscheidung des VG Köln vom 18.07.2013 – Az. 19 L 877/13	35
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1133	
	– Aussprache	35
11	Eckpunkte zur weiteren Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)	36
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1134	
	– Aussprache	36
12	Kein einheitliches landesweites Anmeldesystem für Kita-Plätze	39
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1135	
	– Aussprache	39
13	Verschiedenes	40
	a) Zeitplan Haushaltsberatungen	
	b) Vorlage 16/1080	40
	c) Expertengespräch	40

4 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3440

Vorsitzende Margret Voßeler resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Das Plenum habe den Gesetzentwurf in seiner 37. Sitzung am 11. Juli 2013 nach erster Lesung einstimmig an den hiesigen Ausschuss überwiesen, der den Gesetzentwurf heute erstmals berate.

Wolfgang Jörg (SPD) signalisiert den Wunsch der Regierungskoalition, die weitere Behandlung des Tagesordnungspunktes im Rahmen einer Obekuterunde zu thematisieren und sie aktuell wegen noch bestehenden Beratungsbedarfs in der Koalition zu schieben.

Jens Kamieth (CDU) geht mit Blick auf die plenare Befassung von einem durchaus möglichen Konsens in der Sache aus. Er spreche sich für ein Verfahren unter verbindlicher Beteiligung des hiesigen Fachausschusses aus. Eine verbindliche Beteiligung bedeute mehr als lediglich die Benehmensherstellung. Die Rolle des Parlaments erhalte damit mehr Gewicht. Der Kinder- und Jugendförderplan als Maßstab für die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen solle im Ausschuss ausführlich diskutiert werden. Die Richtlinien sollten gemeinsam mit dem Ausschuss festgelegt werden können. Er werbe für ein gemeinschaftliches Vorgehen im Ausschuss.

Marcel Hafke (FDP) stimmt dem Vorschlag des Abgeordneten Jörg zu. Es gebe dem Grunde nach durchaus noch Möglichkeiten für einen Konsens. Niemand könne sich dem Wunsch verschließen, den Parlamentarismus zu stärken. Das Thema solle in die nächste Obekuterunde aufgenommen werden.

Daniel Döngel (PIRATEN) stimmt für seine Fraktion gerne zu. Er sehe einen Schritt in Richtung einer gemeinsamen Lösung, die er befürworte.

Dagmar Hanes (GRÜNE) betont, das Thema solle unbedingt geschoben werden. Die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Verbandsarbeit und Jugendsozialarbeit sollten nicht zum Spielball der Farbenlehre werden. Die Kritik des Abgeordneten Kamieth an der Formulierung „Benehmen“ könne sie insofern nicht nachvollziehen, als aktuell „Beteiligung“ im Gesetz stehe, während aus den Reihen der Opposition „Benehmen“ vorgeschlagen werde. Über Details solle sich die Obekuterunde auseinandersetzen.

